

# Klimawandel verschärft Hitze in den Städten

## Karlsruher Grünen-Abgeordnete Bettina Lisbach: Ansiedelung der Tigermücke ist ein Warnsignal

Von unserem Redaktionsmitglied  
Wolfgang Voigt

**Stuttgart/Karlsruhe.** Die grün-schwarze Landesregierung befürchtet eine dramatische Aufheizung von Städten wie Karlsruhe in den kommenden Sommern als Folge des Klimawandels. Der sogenannte Hitze-Insel-Effekt durch Versiegelung und dichte Bebauung führe dazu, dass in Stadtgebieten höhere Temperaturen auftreten als im Umland, teilen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialministerium auf eine Anfrage der Karlsruher Grünen-Abgeordneten Bettina Lisbach und ihrer aus Heilbronn stammenden Kollegin Susanne Bay mit. Karlsruhe gilt als besonders betroffen: In der Fächerstadt wurde bereits eine um sieben Grad Celsius höhere Temperatur ermittelt als zeitgleich im Umland. Für die Zukunft zeigten die Auswertungen regionaler Klimamodelle

---

**Grünschnesen werden  
in Städten immer wichtiger**

---

durch die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) einen weiteren Anstieg.

Für die Karlsruher Grünen-Politikerin Bettina Lisbach macht dies deutlich, dass der Klimawandel nicht nur ferne Länder betrifft, „er findet ganz konkret auch bei uns statt“. Gerade für ältere

und kranke Menschen bedeute die Zunahme von Hitzetagen eine gesundheitliche Belastung. Hinzu

komme die Ansiedelung krankheitsübertragender Insekten. „Das Auftauchen der Tigermücke ist ein ernst zu nehmendes Warnsignal“, sagt die Parlamentarierin.

Auch das Sozialministerium warnt vor den Gesundheitsgefahren durch den Klimawandel. Als Hitzefolgen nennt das Ministerium Hitzekollaps, Hitzschlag, Krämpfe und Austrocknung. Auch mit einer Verschlechterung chronischer Erkrankungen müsse gerechnet werden.

Die Landesregierung informiert eigenen Angaben zufolge alle drei Jahre über die wesentlichen Folgen des Klimawandels für den Südwesten sowie über die Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen. Wichtiger Bestandteil der Anpassungsstrategie ist das ressortübergreifende Förderprogramm „Klimopass“. Unterdessen fehlen verlässliche Daten etwa über die Folgen des Hitzesommers 2003 auf die Bürger in den Städten im Unterschied zum Umland. Aus einer Erhebung der Rettungseinsätze am Nachmittag des 8. August 2003 ergibt sich ein Anstieg von Notfällen wegen unmittelbarer Hitzefolgen um 17 Prozent. Laut einer vom Landesgesundheitsamt erhobenen Umfrage in gut 1 000 Pflegeheimen starben dort in der ersten Augushälfte 2003 etwa 300 Bewohner an den Folgen der Hitze. Die Dunkelziffer wird von Fachleuten jedoch deutlich höher eingeschätzt.



Bettina Lisbach

Die Landesregierung reagiert auf die Gefahren mit einer Reihe von Maßnahmen. Eingerichtet werden sollen beispielsweise „Kühlstuben“, etabliert wird eine „Heat Scout“ genannte Hitzeberatung, außerdem will man die Bürgerinnen und Bürger über klimaangepasste Verhaltensweisen aufklären. Auch die Stadtplanung kann dem Klimawandel und seinen Auswirkungen Rechnung tragen, so die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Anfrage der beiden Abgeordneten. Etwa indem sie großflächige Kaltluft-Entstehungsgebiete wie Wälder, Wiesen, Kleingärten und Parks erhält und fördert. Im Bereich solcher Schnesen könne die

Temperatur dauerhaft um mehrere Grad Celsius abgesenkt werden. Als „sehr wichtig“ bezeichnen die Ministerien die Vernetzung innerstädtischer Grünareale mit Kaltluft-Entstehungsgebieten außerhalb der Stadt. BNN-Hardt, 22.09.2017, S. 9